



Offizielles Organ des Bundesverbandes Rind und Schwein e.V.

Adenauerallee 174, 53113 Bonn
Tel. 02 28/9 14 47-0, Fax 02 28/9 14 47-11
E-Mail: info@rind-schwein.de, www.rind-schwein.de

Weideschilder können bestellt werden

Menschen quasi im Vorbeigehen über wichtige Themen rund um die Weidehaltung zu informieren, das ist die zentrale Idee, die hinter den Weideschildern des BRS steckt. Die witterungsbeständigen Schilder beschäftigen sich mit den Themen der Förderung der biologischen Vielfalt durch die weidegebundene Haltung von Rindern sowie mit der Gefährdung von Weidetieren durch die steigende Anzahl an Wolfsrissen. Die Schilder aus Aluverbundplatte können entlang von Wanderwegen an Weidepfählen oder Ähnlichem befestigt werden und sollen so interessierten Naturnutzern zentrale Themen der Weidehaltung näherbringen. Bestellt werden können die Schilder bei Ihrem Zuchtverband.

Zeigen Sie uns Ihr Weideschild!

Sie haben bereits ein Weideschild an Ihrer Koppel stehen? Senden Sie uns ein Foto möglichst mit Ihren Tieren im Hintergrund an t.masthoff@rind-schwein.de. Die gelungensten Einsendungen werden im nächsten *Fleischrinder Journal* veröffentlicht. BRS



EuroTier 2021 findet digital statt

Angesichts der anhaltend unsicheren internationalen Lage im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie werden die EuroTier, die Weltleitmesse für Tierhaltungs-Profis, und die EnergyDecentral, die internationale Fachmesse für innovative Energieversorgung, vom 9. bis 12. Februar 2021 in einer Digitalversion durchgeführt. Eine physische Präsenzmesse in Hannover findet nicht statt. Diese Entscheidung wurde von der DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft) als Veranstalter der beiden Messen

nach ausführlichen Gesprächen mit Branchenvertretern, dem Fachbeirat und Partnern getroffen. Die EuroTier/EnergyDecentral digital bieten den Ausstellern hohe Reichweiten und maximale Flexibilität mit digitalen Business-Paketen sowie den Besuchern ein umfangreiches Fachprogramm und attraktive Networking-Möglichkeiten. Für das Jahr 2021 bietet die DLG zudem weitere Veranstaltungen und Messen rund um die Themen Nutztierhaltung und Energieversorgung an. DLG



Ein Jahr BovINE

Das erste Jahr des BovINE-Projekts neigt sich dem Ende entgegen. Zeit für eine erste Bilanz: Im internationalen BovINE-Projekt arbeiten Partner aus neun EU-Staaten an der Erarbeitung und dem Austausch praxisnaher Lösungen für betriebliche Herausforderungen in der Fleischrinderhaltung und -zucht. Diese sogenannten „Good Practices“ werden für die vier Themengebiete Sozioökonomische Belastbarkeit, Tiergesundheit und Tierwohl, Produktionseffizienz und Fleischqualität sowie Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit erarbeitet. Der BRS hat in Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Löffler-Institut (FLI) für Deutschland den Themenbereich Tiergesundheit und Tierwohl übernommen.



Bewährte Praktiken und Neuheiten aus der Forschung

Die Arbeitsschwerpunkte im ersten Jahr waren die Vermeidung von Geburtsstörungen sowie die Erkennung und Vorbeugung von Lahmheiten bei Mastbullen. Allein zu diesen Themenbereichen reichten die teilnehmenden Partner 21 Good Practices ein. Im Rahmen eines virtuellen Workshops mit Teilnehmern aus der landwirtschaftlichen Praxis wurden die Beiträge aus Deutschland vorgestellt und Themenvorschläge für das kommende Jahr gesammelt und diskutiert. Doch nicht nur Good Practices, sondern auch sogenannte „Research Innovations“ (RI) wurden von den Projektpartnern erarbeitet. Dabei handelt es sich um Innovationen aus der Forschung, die im Rahmen von BovINE gesammelt und hinsichtlich ihrer künftigen Praxistauglichkeit bewertet werden. 23 dieser RI kamen im vergangenen Projektjahr im Themengebiet Tiergesundheit und Tierwohl zusammen und wurden während eines virtuellen Treffens der Projektpartner diskutiert und bewertet. Die Good Practices sollen allen interessierten Akteuren des Fleischrinderbereichs in Zukunft auf dem Knowledge Hub unter www.bovine-eu.net zur Verfügung stehen. Zudem können auch Sie sich jederzeit beteiligen mit Themenvorschlägen und Anregungen. Diese richten Sie bitte an l.lindau@rind-schwein.de. BRS



Foto: Tierfotogentur/m.blue-shadow

Niedersachsen: Wolf kommt nicht ins Jagdrecht

Anfang November hat der Niedersächsische Landtag den Bund aufgefordert, endlich den Wolf in das Jagdgesetz aufzunehmen. Das sei ein wichtiges Signal für die Weidetierhalter in Niedersachsen. Außerdem sollte die französische Methodik zur Wolfszählung im nationalen Wolfsmonitoring eingeführt und eine Untergrenze für die Wolfspopulation festgelegt werden. Doch das Bundesumweltministerium erteilte diesen Forderungen eine Absage. Zum einen dürfe der Wolf, selbst wenn er in das niedersächsische Jagdrecht aufgenommen würde, nicht geschossen werden, da er als streng geschützte Art einer ganzjährigen Schonfrist unterliege. Eine Änderung des

niedersächsischen Landesjagdrecht sei daher auch verfassungsrechtlich bedenklich. Zum anderen könne man nicht im nationalen Alleingang bestimmen, wann in einer Region genug Wölfe vorhanden seien, denn diese Entscheidung erfolge in Europa nach einheitlichen Kriterien. Im Übrigen sei der Erhaltungszustand des Wolfes noch 2019 als ungünstig bewertet worden. Und selbst wenn die Population als ausreichend angesehen werde, wäre ein präventiver Abschuss von Wölfen ohne Anlass trotzdem nicht erlaubt. Denn das sei mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU unvereinbar und damit rechtlich ausgeschlossen. NDR

Verkauf von Antibiotika in der Veterinärmedizin in Europa rückläufig

Der Jahresbericht der Europäischen Überwachung des antimikrobiellen Veterinärkonsums (ESVAC) hat offengelegt, dass der Einsatz von Antibiotika bei Tieren zurückgegangen ist. Die gerade veröffentlichten Zahlen belegen, dass zwischen den Jahren 2011 und 2018 der Verkauf um 34 % reduziert wurde. Dieser Verlauf zeige, dass Europa sich auf dem richtigen Weg befinde, Antibiotikaresistenzen zu bekämpfen, so Ivo Claassen, veterinärmedizinischer Leiter der European Medicines Agency (EMA). Daten zu Antibiotikaverkäufen zu veterinärmedizinischen Zwecken von 31 europäischen Ländern flossen in den aktuellen ESVAC-Bericht ein, der Wissenschaftlern und Veterinären der EU-Mitgliedstaaten als Leit-



Foto: Anna Lena Lindau

linie dient. Die gesammelten Daten legen wertvolle Informationen hinsichtlich der Größe und Trends bei Antibiotikaverkäufen dar und sind wichtig für die Gesundheit von Mensch und Tier. Zahlreiche Länder haben zudem ihre nationalen Maßnahmen im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen offengelegt.

Vetion 10.2020 mit Material von EMA

Britischer Bauernverband warnt vor „No-Deal-Brexit“

Vor einem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ohne Handelsabkommen hat jetzt erneut der britische Bauernverband (NFU) gewarnt. NFU-Präsidentin Minette Batters forderte beide Verhandlungsseiten auf, sobald wie möglich eine Übereinkunft zu erzielen, um ansonsten drohende Zölle und andere Handelshemmnisse in letzter Minute abzuwenden.

Sie reagierte damit auf Äußerungen von Premierminister Boris Johnson, der die Verhandlungen mit der EU über einen Handelsdeal für beendet erklärt und seine Landsleute auf einen „harten“ Brexit eingestimmt hatte. „Über 60 % unserer Agrar- und Lebensmittelexporte gehen in die EU, die damit größter Handelspartner der britischen Landwirtschaft ist“, betonte Batters.

Wichtige Handelspartner

Ein Brexit-Handelsvertrag sei deshalb entscheidend für die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen. Werde bis zum Ende der Übergangszeit am 1. Januar 2021 keine Einigung erzielt, drohten der britische Ernährungs- und Landwirtschaft erhebliche Turbulenzen, warnte die NFU-Präsidentin. Unterdessen hat sich das Vereinigte Königreich mit Japan auf einen neuen Handelsvertrag geeinigt. Das Abkommen schreibt größtenteils die Konditionen fort, unter denen das Vereinigte Königreich auch als EU-Mitgliedsstaat seit 2019 mit dem asiatischen Land gehandelt hat. Durch den bilateralen Vertrag können die Briten auch in Zukunft nahezu sämtliche Waren zollfrei nach Japan exportieren. Bevor das Abkommen am 1. Januar in Kraft treten kann, müssen es die Parlamente beider Länder noch ratifizieren. Derweil ließ Regierungschef Johnson offiziell verlauten, dass London wieder an den Verhandlungstisch mit der EU zurückkehren werde. AgE

